



### Presseschau vom 02.11.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipp:

#### Rüdiger Rauls: **Zunehmende Entfremdung**

Weder bei Putin, noch Trump oder Chinas Xi sind sich die politischen Lager in der Ablehnung so einig, wie bei Erdoğan und der Türkei. Die Sichtweisen des westlichen Mainstreams werden dabei weitgehend vorbehaltlos sogar von jenen übernommen, die sich ihm sonst verweigern.

Moralische Empörung jedoch kann die sachliche Analyse nicht ersetzen. ...

<https://sptnkne.ws/EkuU>

### abends/nachts:

#### de.sputniknews.com: **Selenski: Alte Eliten und Oligarchen in Ukraine hecken gegen mich Verschwörung aus**

Angesichts des entbrannten Streits zwischen Kiew und dem ukrainischen Verfassungsgericht hat Präsident Wladimir Selenski die alten Eliten und Oligarchen in der Ukraine als Bedrohung für sein Amt und das Volk bezeichnet.

„Ich weiß genau, dass der heutige Einspruch des Verfassungsgerichts ein öffentlicher Ausdruck der Verschwörung innerhalb der alten Eliten und Oligarchen gegen den Präsidenten und das Land ist“, schrieb Selenski in seinem Telegram-Channel. An dieser Stelle verwies er auf die Absichten seiner ausgemachten Feinde.

„Weil nur ein schwacher Präsident und ein schwacher Staat ihnen ihren korrumpierten

Lebenswandel garantieren können. Wie sagt man so schön: An Halloween zeigen alle Teufel aus der politischen Hölle ihr wahres Gesicht“, betonte der ukrainische Präsident und fügte hinzu, dass nun alles auf dem Spiel stehe, wofür das Volk auf dem Maidan gekämpft habe –, darunter die Freiheit.

Das Verfassungsgericht der Ukraine sorgte in dieser Woche mit umstrittenen Urteilssprüchen für Kritik, nachdem es einige Festlegungen zu einem Anti-Korruptionsgesetz sowie die Belangung wegen deklarerter Falschangaben für ungültig erklärt hatte. Des Weiteren entzog es dem Nationalen Anti-Korruptionsbüro die Befugnis, zum Aufdecken von Interessenskonflikten Einsicht in das Einheitliche Register für Deklarierungen zu nehmen. In dem Zusammenhang wurde anschließend der Zugang zu dem Register gesperrt.

### **Selenski greift durch**

Die Urteile stehen im Widerspruch zu der Reform des Antikorruptionssystems, welche die EU der Ukraine zur Auflage gemacht und im Gegenzug einen visafreien Reiseverkehr in Aussicht gestellt hatte. Die Antikorruptionsgesetze sollten auch neue Investitionen ins Land bringen, wie von internationalen Anlegern zuvor versprochen.

Die ukrainische Regierung bezeichnete die Rechtsbeschlüsse als illegitim und nicht im Interesse des Landes. Kiew ordnete daraufhin die Freigabe des Einheitlichen Registers für Deklarierungen an. Selenski brachte im Palament kurz darauf eine Initiative zur Absetzung der amtierenden Verfassungsrichter ein und sprach sich dafür aus, die jüngsten Beschlüsse des Gerichts für nichtig zu erklären. Der vorsitzende Verfassungsrichter sah in dem Vorstoß nach eigenen Worten Anzeichen für einen Verfassungsumsturz.

Zu der Situation nahm auch die Venedig-Kommission des Europarats Stellung. In einem Schreiben an das ukrainische Parlament Werchowna Rada äußerte sie über Selenskis Vorgehen Besorgnis und bot Hilfe bei der Lösung des Problems an. Die Kommission betonte, dass die Absetzung der Verfassungsrichter ein eklatanter Verstoß gegen die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung sei.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/01/328334734\\_0:71:2213:1269\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_e137386bd77ae7b0cf7daedf4847ae1a.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/01/328334734_0:71:2213:1269_1000x0_80_0_1_e137386bd77ae7b0cf7daedf4847ae1a.jpg)

### **de.sputniknews.com: Oberster Mufti Russlands nennt Krieg wegen Mohammed-Karikaturen „nicht gottgefällig“**

Die Feindschaft, die aufgrund der Karikaturen des Propheten Mohammed aufgeflammt ist, ist laut dem Vorsitzenden und Obersten Mufti der Zentralen geistlichen Verwaltung der Muslime Russlands (ZDUM), Talgat Tadschuddin, nicht gottgefällig.

Der Prophet Mohammed predigte laut Tadschuddin keine Rache und schätzte Begnadigung. Daher sei es naturwidrig, jemanden wegen einer Zeichnung zum Feind zu erklären. So reagierte Tadschuddin auf die Worte des tschetschenischen Mufti Salakh-Hadschi

Medschijew, der zuvor den französischen Präsidenten Emmanuel Macron als „Terroristen №1“ bezeichnete und später auch alle Franzosen, die ihren Staatschef unterstützen, zu Feinden erklärte.

Die Religion diene als Anweisung zur Schaffung von Frieden, Ordnung und Harmonie in der Welt, sagte Tadschuddin in einem Interview mit der russischen Agentur RBC.

„Wegen einer Kleinigkeit – weil jemand etwas gezeichnet hat – den Krieg zu erklären, Feinde zu erklären – das gefällt weder Gott noch den Gesandten Gottes oder den Gläubigen. Das ist unnatürlich und widerlich für das Leben“, äußerte der Mufti.

Er betonte, dass Vertreter der Religion Gottes Wort und Grundsätze in das Leben der Menschen einbringen müssten, und rief dazu auf, keinen Provokationen zu erliegen.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist zum Gegenstand von heftiger Kritik seitens der muslimischen Anführer in mehreren Ländern geworden.

Entzündet hatte sich der Streit an Bemerkungen des französischen Präsidenten. Nach der islamistisch motivierten Enthauptung des Lehrers Samuel Paty, der im Unterricht zum Thema Meinungsfreiheit Mohammed-Karikaturen gezeigt hatte, erklärte Macron, der Islam stecke in einer „Krise“. Der Präsident verteidigte die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen als Meinungsfreiheit und stellte Maßnahmen im Kampf gegen „islamistischen Separatismus“ vor. Es gehe darum, einen „Islam der Aufklärung“ aufzubauen und ihn von ausländischem Einfluss zu befreien. Auch die Finanzierung von Moscheen soll stärker kontrolliert werden.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32718/94/327189422\\_0:0:3474:1878\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_4e09b683cd362513cf27005482ca73f2.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32718/94/327189422_0:0:3474:1878_1000x0_80_0_1_4e09b683cd362513cf27005482ca73f2.jpg)

de.sputniknews.com: **Parlamentswahl in Georgien: Regierungspartei mit über 48 Prozent vorn**

Die regierende Partei „Georgischer Traum“ hat weiterhin einen Vorsprung bei den Parlamentswahlen in Georgien. Nach Auszählung von knapp 98 Prozent aller Wahllokale hat die Partei laut Angaben der Zentralen Wahlkommission 48,05 Prozent der Wählerstimmen erhalten.

Der Oppositionsblock „Vereinte Nationale Bewegung“ landete auf Platz zwei mit 27,07 Prozent der Stimmen. Ins Parlament sollen sieben Parteien und zwei politische Blöcke einziehen, die die Ein-Prozent-Hürde überwinden. Insgesamt wurden nach Angaben der Zentralen Wahlkommission die Stimmzettel aus 97,09 Prozent der Wahllokale bearbeitet. „Georgischer Traum“ hatte zuvor angekündigt, eine parlamentarische Mehrheit erhalten zu haben. Dadurch bekomme die Partei die Möglichkeit, die Regierung zu bilden.

Am Samstag fanden in Georgien Parlamentswahlen statt, bei denen 120 Abgeordnete über Parteilisten und weitere 30 nach dem Mehrheitswahlrecht direkt gewählt wurden.

Achtundvierzig Parteien und zwei politische Blöcke beteiligten sich am Kampf um die 150 Sitze. Die Legislaturperiode dauert vier Jahre. Im Land gibt es mehr als 3,5 Millionen

Wahlberechtigte.

Die Anführer der Opposition hatten bei einem Briefing nach der Abstimmung erklärt, die Ergebnisse der Parlamentswahlen für illegitim zu halten und ihre Anhänger dazu aufgerufen, am Sonntag an einer Protestaktion im Stadtzentrum von Tiflis teilzunehmen.

**vormittags:**

de.sputniknews.com: **Ab 2022: Russland plant Produktion von zwei neuen Raketentriebwerken für Exportzwecke**

Russland wird 2022 die neuen Triebwerke RD-182 und RD-120MS für künftige russische und ausländische Weltraumraketen produzieren. Deren Prototyp wurde 30 Jahre lang in der Ukraine hergestellt. Dies teilte das Portal von Glawkosmos (Unternehmen der Raumfahrtbehörde Roskosmos) mit.

Demnach wird seit 2019 an der Entwicklung des Triebwerkes RD-182 für die ersten Stufen von künftigen russischen und ausländischen Raketen und des Triebwerkes RD-120MS für die oberen Stufen dieser Raketen gearbeitet. Die Produktion dieser Triebwerke soll im Jahr 2022 aufgenommen werden.

Als Prototyp dafür gilt das Triebwerk RD-120 von NPO Energomasch, das für die zweite Stufe der Zenit-Rakete verwendet und 30 Jahre lang in der Ukraine produziert worden war. Im Mai 2019 hatte der Generaldirektor von Roskosmos, Dmitri Rogosin, mitgeteilt, dass sich eine Reihe von Ländern mit einem Kaufangebot für Raketentriebwerke RD-120 an Russland gewandt habe.

Derzeit exportiert Russland Triebwerke RD-180 und RD-181 für die amerikanischen Raketen Atlas und Antares.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31138/19/311381967\\_0:188:3000:1811\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_e209c286680ec8401e07df2a66f4927e.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31138/19/311381967_0:188:3000:1811_1000x0_80_0_1_e209c286680ec8401e07df2a66f4927e.jpg)

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 1. November 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **Trumps Berater entschuldigt sich für RT-Interview**

Der Berater des US-Präsidenten, Scott Atlas, hat sich für ein Interview mit dem russischen TV-Sender RT entschuldigt. Er habe nicht gewusst, dass der Sender in den USA als Auslandsagent registriert ist.

„Ich bedauere, dass ich das Interview gegeben habe, und entschuldige mich dafür, dass ich mich ausnutzen ließ“, schrieb Atlas auf Twitter.

„Besonders entschuldige ich mich bei der Gemeinschaft der nationalen Sicherheit, die hart arbeitet, um uns zu schützen“, hieß es weiter.

Das Interview mit Atlas wurde am Samstag im RT-Programm „Going Underground“ ausgestrahlt. Trumps Berater erklärte unter anderem, dass die Einführung der strengen Isolation wegen der Corona-Pandemie ein „episches Versagen“ der Staatspolitik war. Das US-Justizministerium hatte den Sender RT America 2017 nach einem Gesetz aus dem Jahr 1938 als Auslandsagent eingestuft. Dabei wurde dieser Status Staatsmedien anderer Länder wie der BBC, dem chinesischen Sender CCTV, France 24 und der Deutschen Welle nicht verliehen. Daraufhin entzog der US-Kongress den RT-Journalisten die Zulassung. Auch die Partnerunternehmen von Sputnik USA wurden auf die Liste der Auslandsagenten gesetzt. Wie RT-Chefin Margarita Simonjan damals erklärte, musste der Sender zwischen einem Strafverfahren und der Eintragung in die Liste wählen. In diesem Zusammenhang gratulierte sie der US-amerikanischen Redefreiheit und „allen, die immer noch darin vertrauen“.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/02/328335357\\_0:193:3072:1855\\_1000x080\\_0\\_1\\_d7b24f3abde8cc2c82d32de62efb4edf.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/02/328335357_0:193:3072:1855_1000x080_0_1_d7b24f3abde8cc2c82d32de62efb4edf.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 1. November 3:00 Uhr bis 2. November 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Das Regime der Ruhe wird bereits zwei Tage hintereinander eingehalten.

### **de.sputniknews.com: Snowden will russische Staatsbürgerschaft beantragen**

Der US-amerikanische Whistleblower und ehemalige CIA-Mitarbeiter Edward Snowden will laut seinen Aussagen via Twitter die amerikanisch-russische Doppelstaatsbürgerschaft beantragen.

„Nach Jahren der Trennung von unseren Eltern wollen meine Frau und ich nicht weiter von unserem Sohn getrennt sein“, so Snowden.

„Deshalb beantragen wir in dieser Zeit der Pandemien und geschlossenen Grenzen die amerikanisch-russische Doppelstaatsbürgerschaft“, twitterte er.

Ferner betonte Snowden, dass er und seine Frau Amerikaner bleiben und ihren Sohn gemäß den amerikanischen Werten, darunter auch der Meinungsfreiheit, erziehen würden. Darüber hinaus wartet er nach eigenen Angaben auf jenen Tag, wenn er wieder in die USA reisen kann, um mit seiner Familie zusammenzukommen.

Ende Oktober hatte der Anwalt Anatoli Kutscherena, der die Interessen von Snowden in

Russland vertritt, mitgeteilt, dass Snowden und seine Ehefrau Ende Dezember ein Baby erwarten. Am Geburtsort wird das Kind die russische Staatsbürgerschaft bekommen. Früher erklärte Kutscherena, dass Snowden eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis in Russland erhalten hätte. ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/16/327983738\\_0:283:2741:1765\\_1000x080\\_0\\_1\\_70bdd263201402b37bc522f1c08de07c.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/16/327983738_0:283:2741:1765_1000x080_0_1_70bdd263201402b37bc522f1c08de07c.jpg)

deu.belta.by: **Politologe über belarussisches Modell: Farbrevolutionen mehrfach gescheitert**

Am belarussischen Modell sind mehrere Farbrevolutionen gescheitert. Das sagte Politik-Experte Pjotr Petrowski (Verein „Belaja Rus“) im „Club der Redakteure“ (Samstagsausgabe) bei Belarus 1.

Die jüngsten Personalentscheidungen des belarussischen Staatschefs (Ernennung hoher Politiker zu Inspektoren in Regionen) sieht Petrowski als „Anerkennung der Effizienz des Sicherheitsapparats.“ Nur dem Innenministerium, dem Sicherheitsrat und dem KGB habe Belarus zu verdanken, dass es hier keine Krawalle gegeben habe und dass das Land als Sieger hervorgegangen sei. Das sei auf das belarussische Modell zurückzuführen. Nicht zum ersten Mal habe Belarus die Farbrevolution besiegt.

Auch der Chefredakteur des Verlagshauses „Belarus segodnja“ Dmitri Shuk hält die „unerwarteten Ernennungen“ für einen wichtigen Schritt: Gebietsgouverneure seien durch Personen unterstützt worden, die imstande seien, schnelle und effektive Entscheidungen zu treffen und eine Kooperation von Militär und Zivilbehörden zu ermöglichen.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000022\\_1604303554\\_53597\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1604303554_53597_big.jpg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 2. November um 9:00 Uhr 1587 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.  
Davon wurden bis 1258 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.  
Seit Beginn der Pandemie gibt es 85 Todesfälle.

### de.sputniknews.com: **Corona vorbei: Stimmung in Chinas Wirtschaft auf Zehn-Jahres-Hoch**

China scheint das Coronavirus weitgehend im Griff zu haben. Nun ist auch die Stimmung in Wirtschaftskreisen so gut wie zuletzt vor fast zehn Jahren.

So stieg der Einkaufsmanagerindex (PMI) des Wirtschaftsmagazins „Caixin“ für das herstellende Gewerbe im Oktober von 53,0 im Vormonat auf 53,6 Punkte. Das wichtige Konjunkturbarometer erreichte damit den höchsten Stand seit Januar 2011, berichtete das Blatt am Montag. Bei über 50 Punkten zeigt der Index eine Expansion der Industrie an, während darunter von einer Kontraktion auszugehen ist.

Die ersten Coronavirus-Infektionen waren in China im Dezember entdeckt worden. Inzwischen hat die zweitgrößte Volkswirtschaft die Pandemie mit strengen Quarantäne-Maßnahmen, Massentests, Kontaktverfolgung und Einreisebeschränkungen unter Kontrolle gebracht. Heute werden in China nur noch vereinzelt kleinere lokale Ausbrüche wie zuletzt in Kashgar in Nordwestchina registriert, ansonsten nur wenige importierte Fälle.

Das herstellende Gewerbe erholte sich denn auch im Oktober weiter, indem sich sowohl Nachfrage als auch Angebot verbesserten. Laut dem „Caixin“-Ökonom Wang Zhe sind die Unternehmen sehr geneigt, ihre Lager auszubauen.

„Die Preise sind stabil. Der Geschäftsbetrieb verbessert sich, und die Unternehmer sind zuversichtlich.“

Die neue Welle der Infektionen mit dem Virus in anderen Ländern lässt allerdings die Nachfrage aus dem Ausland nach Produkten „Made in China“ wieder langsamer wachsen, auch wenn die neuen Exportaufträge im Oktober den dritten Monat in Folge weiter zulegten.

„Die Drehungen und Wendungen bei den Infektionen im Ausland bleiben Gegenwind für die Ausfuhren“, sagte Wang Zhe.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31874/75/318747579\\_0:0:5000:2704\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_912f6c61a616850fc18bf62d4a7e5737.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31874/75/318747579_0:0:5000:2704_1000x0_80_0_1_912f6c61a616850fc18bf62d4a7e5737.jpg)

Mzdnr.ru: Am 1. November wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, weil das Laboratorium gewartet und desinfiziert wurde.  
Am 2. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 6837 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2826 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 3469 als gesund entlassen, es gibt 578 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 93 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 49 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 46 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 2391 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 490 mit Sauerstoffunterstützung (+25 in den letzten 24 Stunden).

### de.sputniknews.com: **Präsidentenwahl in Moldau: Oppositionsführerin gewinnt erste Runde**

In der Republik Moldau hat sich bei den Präsidentenwahlen von Sonntag die frühere Premierministerin und Oppositionschefin Maia Sandu gegen den aktuellen Präsidenten Igor Dodon durchgesetzt.

Wie die moldauische Wahlbehörde nach Auszählung von 99,1 Prozent der Protokolle mitteilte, vereinte die als pro-europäisch geltende Chefin der Partei „Aktion und Solidarität“ (PAS) 36,12 Prozent der Wählerstimmen auf sich, während Staatschef Dodon auf nur 32,64 Prozent kam. Die restlichen Stimmen verteilten sich zwischen anderen Kandidaten.

Es wird eine zweite Runde geben, weil keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit von 50 Prozent bekommen konnte. Die endgültige Entscheidung soll nun bei der Stichwahl am 15. November getroffen werden.

Insgesamt waren am Wochenende rund 1.364.600 Wähler an die Urnen gegangen, das sind etwa 42 Prozent aller Wähler und Wählerinnen.



[https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0b/02/328335894\\_0:199:3051:1849\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_09acb56465e3d74420daeb3d57ff151a.jpg](https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0b/02/328335894_0:199:3051:1849_1000x0_80_0_1_09acb56465e3d74420daeb3d57ff151a.jpg)

### nachmittags:

### de.sputniknews.com: **Streit um Nord Stream 2: OMV will Polens Kartellamt verklagen**

Im Streit um das Ostsee-Gaspipelineprojekt Nord Stream 2 will der österreichische Mineralölkonzern OMV die Forderungen der polnischen Behörde für Wettbewerb und Verbraucherschutz UOKiK, einen Vertrag zur Finanzierung des Pipeline-Baus zu annullieren, vor Gericht anfechten. Dies gab ein Vertreter des Unternehmens gegenüber RIA Novosti bekannt.

Aus Sicht des Energiekonzerns ist die Forderung Warschaws unbegründet. OMV werde gegen diese Entscheidung Einspruch erheben und darauf bestehen, dass sie keine rechtlichen Grundlagen habe.

Die polnische Behörde UOKiK hatte Anfang Oktober gegen das russische Gasunternehmen Gazprom und fünf seiner europäischen Partnerfirmen Bußgelder in Höhe von zehn Prozent ihres Jahresumsatzes verhängt. Gazprom muss demnach rund 7,6 Milliarden US-Dollar, die

übrigen fünf Projektpartner – Engie Energy, Uniper, OMV, Shell und Wintershall – mehr als 52 Millionen Euro zahlen.

Warschau begründete die Entscheidung damit, dass der Bau von Nord Stream 2 ohne die Zustimmung der Antimonopolbehörde Polens beschlossen worden wäre. Darüber hinaus seien die Unternehmen verpflichtet, die Vereinbarungen zur Finanzierung des Baus der Gaspipeline innerhalb von 30 Tagen zu kündigen.

Ein Gazprom-Vertreter erklärte daraufhin, sein Konzern habe nicht gegen polnisches Wettbewerbsrecht verstoßen. Berufungen gegen die UOKiK-Entscheidung wurden nach Angaben des Energieriesen am 24. August vor einem zuständigen polnischen Gericht eingelegt.

de.sputniknews.com: **Ägypten an russischem „Sputnik V“-Impfstoff interessiert**

Laut dem ägyptischen Außenminister Sameh Schukri ist sein Land an dem russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“ interessiert.

„Wir sind sehr an dem in Russland entwickelten Impfstoff gegen das Coronavirus interessiert“, sagte er gegenüber dem TV-Sender Rossija 24.

„Wir schätzen jene Institute, die diesen Impfstoff entwickeln konnten, und die Bereitschaft, befreundeten Ländern diesen zur Verfügung zu stellen, um die Menschheit vor der Pandemie zu schützen“, so Ägyptens Außenminister weiter.

„Wir stehen in ständigem Kontakt zu den medizinischen Einrichtungen und Behörden (Russlands), um alle Fragen in Bezug auf die Lieferung dieses Impfstoffs nach der Durchführung aller klinischen Tests zu regeln.“

Unter anderem betonte der Politiker, dass Ägypten an der Herstellung des Impfstoffs auf seinem Territorium interessiert sei:

„In Ägypten gibt es große Produktionskapazitäten im Pharma-Bereich und viele Menschen, die diese Impfung benötigen würden. Deshalb werden wir jede Möglichkeit einer gemeinsamen Produktion mit allen Aspekten – wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kommerziellen – nutzen.“

„Wir sind in ständigem Kontakt (zu Russland) für die Festlegung von Details; das Zusammenwirken erfolgt auf allen Ebenen“, betonte Ägyptens Außenamtschef. ...

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 2. November 2020**

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 53. Brigade in Verletzung des zweiten Punktes der Zusatzmaßnahmen zum Regime der Feueereinstellung das Feuer mit einem automatischen Granatwerfer auf die Positionen unserer Verteidiger im Gebiet von **Nowolaspa** eröffnet. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Feuer nicht zielgerichtet war und Leben und Gesundheit der Einwohner der Republik nicht gefährdete, haben unsere Verteidiger das Feuer nicht erwidert.

Trotz der Ankunft des obersten Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte R. Chomtschak in der OOS-Zone, um die Einhaltung des Regimes des Waffenstillstand durch die Kommandeure der Verbände zu kontrollieren, haben Beobachter der DVR im GZKK ein weiteres Mal die **Durchführung von technischen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen** durch Kämpfer des 23. Bataillons der 56. Brigade im Gebiet von Peski bemerkt, was eine direkte Verletzung des ersten Punktes des geltenden Waffenstillstands ist. Die Folgen solcher rechtswidrigen Handlungen führten bereits zu Opfern unter dem Personal und deren Zahl wird nur aufgrund des Geratens auf eigene Sprengeinrichtungen steigen, falls die sogenannte zusätzliche Ausrüstung der Positionen fortgesetzt wird.

So ist gestern während der Durchführung technischer Arbeiten auf den Positionen eines Bataillons eine Sprengleinrichtung detoniert, die von den Vorgängern aus der 57. Brigade installiert worden war. Dabei erlitt der Soldat Feldwebel Tumanow schwere Verletzungen und

starb infolge fehlender rechtzeitiger medizinischer Hilfe vor Ort. Es ist bemerkenswert, dass **während der Durchführung der technischen Arbeiten Korrespondenten der polnischen Zeitung „Newsweek Polska“ auf den Positionen anwesend** waren. Nach dem Vorfall wurde den Journalisten ihr gedrehtes Material abgenommen und eine Unterschrift verlangt, dass sie über diesen Vorfall nichts veröffentlichen, wobei ihnen der Entzug der Akkreditierung angedroht wurde.

Es ist wichtig anzumerken, dass eine weitere regelmäßige Verletzung der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle des geltenden Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte die **Durchführung von Luftaufklärung mit Drohnen** ist. In den letzten 24 Stunden wurde die Aktivität einer Drohnenmannschaft des 18. Bataillons der 35. Brigade festgestellt, die die Tarnung ihrer Positionen kontrollierte. Wegen der fehlenden Abstimmung der Handlungen wurden die Leitungskanäle einer Drohne von Typ „Phantom“ durch eine Kompanie für elektronische Kriegsführung der 35. Brigade blockiert, dadurch stürzte die Drohne auf einen Minenfeld des Gegners.

Außerdem wurde uns bekannt, dass das Kommando der 35. Brigade eine Prämie im Umfang von 20.000 Griwna für eine mobile Gruppe der elektronischen Kriegsführung ausgelobt hat, falls diese erfolgreich Leitungskanäle von Drohnen der OSZE-Mission blockiert, um Fälle der Verletzung des geltenden Waffenstillstands gegenüber OSZE-Mitarbeitern zu verheimlichen. Dies kündigte der Kommandeur des 503. Bataillons W. Suacharewskij bei einem Bankett an, das zum Jahrestag der Gründung des Verbands organisiert worden war. Die Veranstaltung war ausschließlich für die Leitung des Bataillons organisiert worden, vom Personal wurde im Oktober Geld zur Durchführung von „Feierlichkeiten“ eingesammelt.

**Die epidemiologische Lage in der OOS-Zone bleibt weiter schwierig.** Nach Informationen vom medizinischen Personal des 66. militärmedizinischen Hospital in Pokrowks starben in den letzten 24 Stunden fünf Soldaten an einer Coronavirusinfektion. Ursache des Todes war, dass die Beatmungsgeräte defekt waren. Derzeit werden gegen die Leitung des Hospitals eine Untersuchung von Seiten der Staatsanwaltschaft durchgeführt und ein Strafverfahren wegen Fahrlässigkeit, die zum Tod von Menschen geführt hat, eingeleitet.

Vor dem Hintergrund des Krankheitsausbruchs sind **Fälle von massenweisem Diebstahl von Medikamenten** nicht nur in großen Krankenhäusern, sondern auch in Sanitätstruppenteilen der Einheiten festzustellen. Im 2. Bataillon der 79. Brigade wurden in den letzten 24 Stunden infolge des Fehlens der notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie acht Todesfälle von an der Coronavirusinfektion Erkrankten festgestellt. Gegenüber dem Leiter des medizinischen Dienstes der Brigade wird eine Ermittlung durchgeführt.

So hat der Besuch des obersten Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte R. Chomtschak und des Leiters des Generalstabs S. Kornejtschuk keinen Effekt zur Verbesserung der Lage in den Verbänden der ukrainischen Streitkräfte hervorgerufen. Die täglichen Fälle des Geratens von Soldaten auf eigene Minensperren bei der zusätzlichen technischen Ausstattung der Positionen wird so im Zusammenhang mit dem fehlenden Willen des Kommandos, Verletzungen des Waffenstillstands zu verhindern, weitergehen.

#### de.sputniknews.com: **China droht USA mit Gegenmaßnahmen gegenüber US-Journalisten**

China wird „entschlossene“ symmetrische Vergeltungsmaßnahmen gegen amerikanische Journalisten ergreifen, wenn die USA das Problem der Visaverlängerung für chinesische Medienvertreter in den USA nicht regeln, teilte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, am Montag mit.

Die chinesische Seite hätte bereits auf diplomatischem Wege der amerikanischen Seite ihre Besorgnis über die aktuelle Situation mit Journalisten vermittelt und ihre Position klar gemacht. China sei bereit, die notwendigen Maßnahmen anzuwenden, um die gesetzlichen Rechte chinesischer Journalisten zu schützen.

„Wir fordern die amerikanische Seite auf, die Richtung ihrer Politik unverzüglich zu ändern und den politischen Druck auf chinesische Journalisten zu stoppen, sonst wird China entscheidende symmetrische Gegenmaßnahmen ergreifen“, sagte Wang Wenbin bei einem Briefing.

Wenbin zufolge wurden einige chinesische Journalisten in den USA letzte Woche informiert, dass ihre Anträge auf Visaverlängerung von der amerikanischen Seite genehmigt worden seien. Diese Visa seien allerdings vom 4. August bis 4. November gültig. Aufgrund der Tatsache, dass weniger als eine Woche bis zum Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer verbleibe, hätten chinesische Journalisten erneut eine Verlängerung beantragen müssen, so der Sprecher. Es gebe auch Journalisten, die von der amerikanischen Seite noch keine Antwort über den Status ihres Antrags erhalten hätten.

„Überdies forderte die amerikanische Seite unbegründet, dass Journalisten während der Bearbeitung der Anträge auf Visumverlängerung keine journalistischen Aktivitäten ausüben“, fügte Wenbin hinzu.

### **Journalisten-Streit zwischen China und den USA**

Die Vereinigten Staaten hatten zuvor gefordert, dass chinesische Staatsmedien die Anzahl ihrer in den USA tätigen Journalisten reduzieren. De facto führte dies zur Ausweisung von 60 chinesischen Medienleuten aus dem Land. Grund war der Streit zwischen beiden Staaten um die Berichterstattung zur Coronavirus-Pandemie.

Im Gegenzug mussten auch mehrere amerikanische Journalisten, die für die „New York Times“, das „Wall Street Journal“ und die „Washington Post“ tätig waren, China verlassen, nachdem ihnen die Behörden ihre Journalistenausweise entzogen hatten.

Darüber hinaus verschärften beide Staaten gegenseitig ihre Anforderungen an Journalisten. So müssen Korrespondentenbüros nun den Behörden Personalstärke und Finanzlage melden und andere Informationen offenlegen. Probleme der nationalen Minderheiten in China, die Weigerung Pekings, an den Verhandlungen zur Rüstungskontrolle teilzunehmen, und der Handelsstreit belasten das Verhältnis zwischen den beiden Ländern zusätzlich.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/02/328337963\\_0:0:3071:1663\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_f06b24bc085071149723b52360dd777b.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/02/328337963_0:0:3071:1663_1000x0_80_0_1_f06b24bc085071149723b52360dd777b.jpg)

### de.sputniknews.com: **WHO erhält Dokumente zum US-Austritt aus der Organisation**

Die Vereinigten Staaten haben die Weltgesundheitsorganisation (WHO) offiziell über ihren Austritt aus der Organisation informiert, sagte der Leiter der Abteilung für operative Aktivitäten der Vereinten Nationen und internationale Entwicklungshilfe des russischen Außenministeriums, Grigori Ustinow.

„Die Vereinigten Staaten von Amerika haben ihren Austritt (aus der WHO – Anm. d. R.) angekündigt. Es sind bestimmte Verfahren einzuhalten. Dennoch ist dies angekündigt, und die entsprechenden Noten und Dokumente sind beim WHO-Sekretariat eingegangen“, sagte

Ustinow auf dem Forum „Soobschestwo“ (Gemeinschaft).

Die USA hatten im Juli ihren Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vollzogen. Eine entsprechende Erklärung war beim UN-Generalsekretär Antonio Guterres eingereicht worden.

Der US-Staatschef hatte der WHO mehrmals vorgeworfen, die Weltgemeinschaft zu spät über die Gefahr des neuartigen Coronavirus informiert zu haben und unter der Kontrolle der chinesischen Regierung zu stehen.

Trump hatte die WHO-Beiträge bereits im April eingefroren. Die USA waren bislang wichtigster Geldgeber. In diesem Jahr sollten die Beiträge eigentlich knapp 116 Millionen Dollar betragen.

### Deu.belta.by: **Staatschef nimmt Bericht des Premierministers entgegen: Wirtschaft und Betriebe stehen im Fokus**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat sich heute mit dem Regierungschef Roman Golowtschenko zu einem Arbeitsgespräch getroffen. Sie sprachen über die aktuelle wirtschaftliche Situation und über die Lage in den führenden belarussischen Betrieben.

„Offen gesprochen möchte man in diesem Jahr allen unseren Feinden zum Trotz nicht schlechtere Wirtschaftszahlen erreichen als die Nachbarstaaten“, gab Alexander Lukaschenko zu.

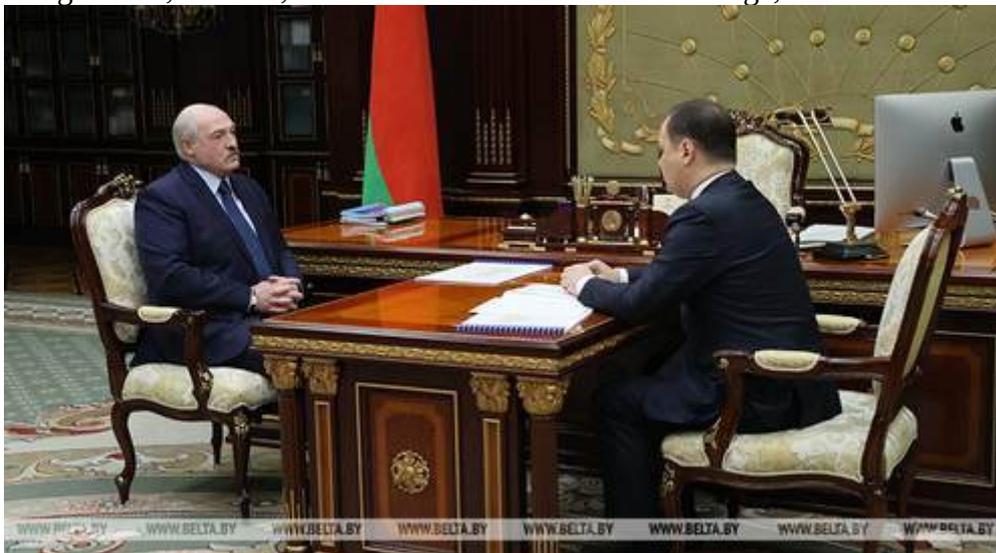
Ihm gehe es nicht einfach darum, eine positive BIP-Statistik auf den Tisch zu legen, sondern den realen Warenabsatz zu gewährleisten, fügte er hinzu.

Der Staatschef bat den Premier um einen Kurzbericht zu den Entwicklungsprognosen für 2021. Eine ausführlichere Erörterung kündigte er für die späteren Sitzungen im erweiterten Kreis an. Auf eine weitere Strategie für die nächsten 5 Jahre werde man sich im Verlauf der Allbelarussischen Volksversammlung einigen, sagte er.

Alexander Lukaschenko fragte Golowtschenko, wie es um die Situation in den Betrieben steht, besonders nach den gestellten Ultimativen und den letzten Aufrufen zum Generalstreik.

„Unsere Arbeiter und Ingenieure sind einfach echte Prachtkerle. Sie wissen ja, was sie zu verlieren haben. Die Arbeiter von heute sind anders als die von vor einem Monat. Sie haben nach den letzten Ereignissen im Land endlich gesehen, wer in Belarus an die Macht will“, betonte Alexander Lukaschenko.

Roman Golowtschenko wies in seinem Bericht darauf hin, dass sich die Wirtschaft in den 9 Monaten des Jahres nicht nur stabilisiert hat, sondern auch schwarze Zahlen schreibt. „Im dritten Quartal haben wir das Tempo von 2019 erreicht, auch wenn die äußeren Bedingungen sehr anspruchsvoll sind. Einen stabil starken Betrag zum BIP leisten die Landwirtschaft, das Baugewerbe, die IKT, der Finanzsektor und die Forschung“, berichtete der Premier.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000019\\_1604317274\\_53611\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1604317274_53611_big.jpg)

## deutsch.rt.com: **Moderne Piraterie: USA verkaufen auf hoher See beschlagnahmtes iranisches Öl**

Die Vereinigten Staaten sagten am Donnerstag, dass sie iranisches Öl, das auf dem Weg nach Venezuela beschlagnahmt wurde, für mehr als 40 Millionen Dollar verkauft hätten. Die Gewinne sollen in einen US-Fonds für Opfer des "staatlich geförderten Terrorismus" fließen. Washington gab im August bekannt, dass es 1,1 Millionen Barrel Erdöl von vier Tankern, die sich vom Iran in Richtung Venezuela befanden, beschlagnahmt habe. Beide Länder stehen auf der Sanktionsliste der USA. Nun gaben die Vereinigten Staaten am Donnerstag bekannt, dass sie das iranische Öl für mehr als 40 Millionen US-Dollar (Rund 34,4 Millionen Euro) verkauft hätten.

Allerdings bestritt der Iran seinerzeit, dass die USA Treibstoff von iranischen Tankern beschlagnahmt hätten. Wenig überraschend erklärte der Sprecher des iranischen Außenministeriums Saeed Khatibzadeh nun, dass das Öl, das die USA verkauften, nicht dem Iran gehöre.

„Nun, wie wir bereits sagten: Es gehörte uns nicht. Aber das Öl von jemand anderem ist mit Sicherheit gestohlen worden. Kein zivilisiertes Land gibt mit Diebstahl an“, so Khatibzadeh. Dessen ungeachtet verbuchen die USA den Verkauf als "Erfolg". „Wir schätzen, dass die Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit dem Verkauf des Erdöls aus diesen vier Schiffen mehr als 40 Millionen US-Dollar zurückerhalten werden“, sagte Michael Sherwin, der amtierende US-Staatsanwalt des District of Columbia, zu Journalisten am Telefon. Ein "großer Teil" davon werde in einen US-Fonds für die Opfer des "staatlich geförderten Terrorismus" fließen.

Die US-Justiz macht den Iran für Terroranschläge verantwortlich und verlangt Schadenersatz. Im Juli dieses Jahres forderte ein Gericht Teheran auf, 879,1 Millionen US-Dollar (rund 755 Millionen Euro) für einen Bombenanschlag im saudischen Chobar im Jahr 1996 zu zahlen, bei dem 19 US-Soldaten getötet und 372 weitere Menschen verletzt wurden. Der Iran bestreitet eine Verantwortung für den Anschlag hartnäckig.

Venezuela verfügt zwar über die größten Ölreserven der Welt, trotzdem gibt es in dem südamerikanischen Land derzeit schwere Versorgungsengpässe bei Treibstoff wie auch bei anderen Gebrauchsgütern. Die Regierung von Präsident Nicolás Maduro macht dafür US-Sanktionen verantwortlich.

Am Donnerstag kündigte das US-Finanzministerium zudem weitere Sanktionen gegen acht Organisationen mit Sitz im Iran, China und Singapur wegen des Exports petrochemischer Produkte an. US-Präsident Donald Trump hatte sich 2018 von einem vom seinem Vorgänger Barack Obama ausgehandelten Deal abgewandt, in dessen Rahmen der Iran sein Atomprogramm im Gegenzug für die Aufhebung der Sanktionen drastisch zurückschraubte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.11/article/5fa0039348fbef04d90857a3.jpg>

### de.sputniknews.com: **Weißrussland: Ermittlungskomitee leitet Strafverfahren wegen Massenunruhen in Minsk ein**

Nach den nicht genehmigten Protestaktionen in der Hauptstadt Minsk am Sonntag hat das Ermittlungskomitee des Landes ein Strafverfahren wegen grober Verletzung der öffentlichen Ordnung eingeleitet. Dies berichtet die staatliche Agentur Belta am Montag unter Verweis auf die örtliche Behörde.

Bei den Massenaktionen seien mehrere hundert Bürger festgenommen worden, die die öffentliche Ordnung grob verletzt hätten, hieß es. Sie hätten sich geweigert, den Forderungen der Sicherheitskräfte nachzukommen, was Verkehrsstörungen verursacht und die Arbeit einiger Einrichtungen beeinträchtigt habe. „Zudem sind Objekte der städtischen Infrastruktur und ein Auto des Innenministeriums beschädigt worden“, so die Behörde. Es seien 231 Personen in dem Fall als Verdächtige eingestuft worden.

Es würden Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen durchgeführt, um andere an den illegalen Aktivitäten beteiligte Personen identifizieren zu können.

Das Ermittlungskomitee habe erneut an die Bürger appelliert, sich nicht von den Forderungen der Organisatoren der Massenunruhen einfangen zu lassen und über die Folgen eigener Handlungen nachzudenken, hieß es weiter.

#### **Sonntagsaktion in Minsk**

Der an den Gedenktag „Dsjady“ (zu Deutsch: Großväter) angeknüpfte Oppositionsmarsch hatte auf dem Unabhängigkeitsboulevard angefangen. Bereits kurz nach Beginn der Demonstration feuerten Sicherheitskräfte Schüsse ab. Laut der Sprecherin der Städtischen Hauptabteilung für innere Angelegenheiten des Exekutivkomitees Minsk, Natalja Ganusewitsch, waren das „Warnschüsse“. So habe die Polizei (in Weißrussland als „Miliz“ bezeichnet) Gesetzesverstöße verhindert, fügte sie hinzu.

Bei dem Demonstrationzug am zwölften Sonntag in Folge kam es erneut zu Festnahmen. Die Sicherheitskräfte versuchten, die Kolonnen auf den Straßen von Minsk zu zerstreuen.

Trotzdem gelang es einem Teil der Protestler, den Treffpunkt „Kuropaty“ am Rande der Stadt zu erreichen. Dort legten sie Blumen nieder und stellten Kerzen auf.

Am Montag teilte der Pressedienst des weißrussischen Innenministeriums mit, dass die Demonstranten aggressiv gewesen seien und sogar eine selbstgebaute Sprengvorrichtung eingesetzt hätten.

#### **Proteste in Weißrussland**

Gleich nach den Präsidentschaftswahlen in Weißrussland am 9. August hatte die Opposition mit landesweiten Massenprotestaktionen begonnen. Die Gegner des amtierenden Staatschefs

Alexander Lukaschenko, für den dieser Wahlsieg bereits der sechste in Folge war, wollen seine Wiederwahl nicht anerkennen. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission konnte Lukaschenko 80,1 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Die Opposition erkennt seine Herausforderin Swetlana Tichanowskaja als Wahlsiegerin an.

Bei der Auflösung der oppositionellen Kundgebungen setzten die Ordnungskräfte teilweise Tränengas, Wasserwerfer, Lärmgranaten und Gummigeschosse ein.

Die Protestaktionen werden im Land weiterhin durchgeführt, die umfangreichsten von ihnen finden an den Wochenenden statt. Auch Lukaschenkos Anhänger organisieren Veranstaltungen zur Unterstützung des Präsidenten, dessen Amtseinführung am 23. September stattgefunden hat. Die Strafverfolgungsbehörden stellen eine Radikalisierung der Proteste in Weißrussland fest.

Letzte Woche warnten die Behörden, dass im Falle einer Bedrohung für das Leben der Sicherheitskräfte Schusswaffen gegen die Demonstranten eingesetzt würden.